



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 13. November 2002 (28.11)
(OR. fr)

CONV 400/02

VERMERK

Betr.: **Synthesebericht über die Plenartagung**
 - Brüssel, 7. und 8. November 2002¹

I. ERÖFFNUNG DER TAGUNG

1. Koordinierung der Wirtschaftspolitiken

- a) Aussprache über den Bericht der Gruppe VI (Vorsitz: Herr Hänsch)
 (Dok. CONV 357/02)

Zur Eröffnung der Aussprache beglückwünschte der Vorsitzende Herrn Hänsch und alle Mitglieder der Gruppe zu dem Bericht, den sie dem Konvent vorgelegt hatten. Die Gruppe "Ordnungspolitik" habe keinen leichten Auftrag gehabt, denn sobald man über die Ordnungspolitik spreche, berühre man sehr rasch den eigentlichen Inhalt der Politiken. Es sei ihr gelungen, zu zahlreichen Punkten Schlussfolgerungen zu erarbeiten, der Bericht werfe aber noch viele Fragen auf, über die der Konvent beraten müsste.

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website: <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass der Zweck der Aussprache nicht darin bestehe, die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu erörtern, die sich einige für die Union wünschten, sondern einen institutionellen Rahmen festzulegen, mit dem die Union eine effiziente Politik verfolgen könne, ohne ihrer Ausrichtung vorzugreifen.

i) Bericht der Gruppe

Herr Hänsch stellte die Schlussfolgerungen des Berichts der Gruppe wie folgt dar:

Es sei ein breiter Konsens darüber erreicht worden, dass die Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik beibehalten werden sollte, wobei die Währungspolitik im Euro-Raum in die Zuständigkeit der Union fallen und über die Zentralbank verwaltet werden, die Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik aber bei den Mitgliedstaaten verbleiben sollte.

Was die Währungspolitik betreffe, sei ein breiter Konsens darüber erreicht worden, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank gegenüber politischen Einflüssen gewahrt und ihre gegenwärtige Struktur sowie ihr Mandat beibehalten werden müssten, wobei die Sicherung der Preisstabilität ihre Hauptaufgabe bleiben solle. Einige Mitglieder hätten sich jedoch für mehr Transparenz seitens der Zentralbank ausgesprochen und gewünscht, dass ihr Mandat auf Wachstum und Beschäftigung ausgedehnt werde.

Bezüglich der Frage, wie die Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Beschäftigungspolitik verbessert werden könne, verwies Herr Hänsch auf die vier bestehenden Instrumente, nämlich die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, den Stabilitäts- und Wachstumspakt, die offene Koordinierungsmethode und die Steuerharmonisierung.

Die Mitglieder der Gruppe hätten klares Einvernehmen über eine Verstärkung und Verbesserung der Koordinierung erzielt. Kein Konsens sei hingegen in der Frage erreicht worden, welche Rolle der Kommission im Rahmen dieser verstärkten Koordinierung zukommen sollte. Besonders heikel sei der Steuerbereich. Obwohl die Mehrheit der Mitglieder den Wunsch geäußert haben, dass der Rat Rechtsvorschriften in den Bereichen indirekte Besteuerung, Unternehmensbesteuerung, Energie- und Umweltbesteuerung mit qualifizierter Mehrheit im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens erlassen könne, hätten andere Mitglieder jeden Rückgriff auf die qualifizierte Mehrheit auf diesem Gebiet abgelehnt.

Die Gruppe habe die Auffassung vertreten, dass die Euro-Gruppe als informelles Gesprächsforum für die Mitgliedstaaten des Euro-Raums ein sehr wichtiges Instrument darstelle, und die Beibehaltung dieses informellen Charakters gewünscht. Nach Ansicht vieler Mitglieder der Gruppe sollten die förmlichen Beschlüsse betreffend den Euro-Raum vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) - in einer nur die teilnehmenden Mitgliedstaaten umfassenden Zusammensetzung - gefasst werden.

Die Gruppe habe erklärt, dass die Wirksamkeit der Außenvertretung des Euro-Raums in den internationalen Gremien verbessert werden müsse. Nach Ansicht eines Teils der Gruppe sollte sie weiterhin vom Vorsitzenden der Euro-Gruppe wahrgenommen werden, andere hingegen wünschten, dass diese Funktion über eine Ermächtigungsklausel im Vertrag der Kommission übertragen werde, wie dies bereits im Bereich der Handelspolitik geschehe.

Die Vorschläge für die Neufassung der Artikel 2, 3 und 4 EGV und 2 EUV seien äußerst umstritten gewesen. Hier seien verschiedene politische Konzepte aufeinandergetroffen. Einige hätten eine Bezugnahme auf die Vollbeschäftigung, den sozialen und territorialen Zusammenhalt und die soziale Marktwirtschaft befürwortet. Andere hingegen hätten das nachhaltige Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund gestellt. Herr Hänsch wünschte eine Aussprache des Plenums über dieses Thema, da es über den Zuständigkeitsbereich der Gruppe hinausgehe.

ii) Aussprache im Plenum/Schlussfolgerungen

In der anschließenden allgemeinen Aussprache wurde der von der Gruppe erreichte Konsens über die gegenwärtige Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik bestätigt, d.h.:

- die Zuständigkeit für die Währungspolitik im Euro-Raum wird der Union übertragen;
- die Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik verbleibt bei den Mitgliedstaaten.

Ebenso wurde ein Konsens über die Notwendigkeit erreicht, die wirtschaftlichen und sozialen Ziele in den neuen Verfassungsvertrag aufzunehmen. Der Vorsitzende teilte mit, dass das Präsidium zu gegebener Zeit im Lichte der Aussprache mögliche Formulierungen für die Festlegung von Zielen prüfen werde, die den wirtschaftlichen ebenso wie den sozialen Aspekten Rechnung tragen würden; das Präsidium werde auf der Plenartagung im Januar oder Februar seine Überlegungen zum Inhalt der Artikel über die Werte und Ziele der Union vorstellen, die in den ersten Titeln des Verfassungsvertrags ihren Platz finden sollen.

Viele Mitglieder sprachen sich für eine bessere Koordinierung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitiken aus. Nach Ansicht einiger Mitglieder bedeutet dies, dass der Kommission eine bedeutendere Rolle übertragen werden müsste.

Es konnte ein Konsens darüber erreicht werden, dass die Kommission eine erste Ermahnung zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik direkt an den betreffenden Mitgliedstaat richten kann. Mehrere Mitglieder unterstützten auch den Vorschlag, dass der Rat seine Beschlüsse anhand eines Kommissionsvorschlags fasst, wobei der betroffene Mitgliedstaat von der Abstimmung ausgeschlossen wäre.

Im Hinblick auf den Stabilitätspakt herrschte die Meinung vor, dass er aufrechterhalten werden sollte, aber nicht im Vertrag erscheinen dürfe, weil er ein "politisches Instrument" sei. Der Vorsitzende verwies jedoch auf seine maßgebliche Funktion in den Bereichen der Haushaltsstabilität und der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

Bezüglich des Verfahrens bei übermäßigen öffentlichen Defiziten sprachen sich viele Konventmitglieder dafür aus, dass die Kommission eine erste Ermahnung an den von einem übermäßigen Defizit betroffenen Mitgliedstaat richten kann. Nach Ansicht mehrerer Konventmitglieder sollte bei den nachfolgenden Stufen der Rat auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags mit qualifizierter Mehrheit beschließen, wobei der betroffene Mitgliedstaat wiederum von der Abstimmung ausgeschlossen wäre. Einige Mitglieder wandten sich jedoch gegen diese Vorstellung: Das Präsidium müsste hier weitere Überlegungen anstellen.

Was die Steuern anbelangt, so wurden die Zuständigkeiten im Bereich der Steuerpolitik gemäß den Artikeln 93, 94 und 175 EGV von niemandem in Frage gestellt. Für die Verfahren selbst wünschten zahlreiche Konventmitglieder Verfahrensänderungen, mit denen Fortschritte im Bereich der Steuerpolitik mit Blick auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes erzielt werden können; hierzu sollte in den Verfassungsvertrag eine Liste von Maßnahmen aufgenommen werden, über die der Rat mit qualifizierter Mehrheit abstimmen würde.

Andererseits haben die Konventmitglieder, die für die Beibehaltung der Einstimmigkeit im Bereich der Steuern eintreten, ihren Standpunkt noch einmal nachdrücklich bekräftigt. Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass diese Frage in einem weiteren Vorschlag an den Konvent behandelt werden müsste.

Zahlreiche Mitglieder sprachen sich dafür aus, die offene Koordinierungsmethode mit Bestimmungen zur Rolle des Europäischen Parlaments und der Kommission in den Vertrag aufzunehmen. Das Präsidium wird Überlegungen anstellen, wie die offene Koordinierungsmethode im Verfassungsvertrag untergebracht werden kann; es wird dabei den geäußerten Bedenken Rechnung tragen und sich auf den Bericht der Gruppe unter dem Vorsitz von Herrn Amato stützen, welche ihre Empfehlungen auf der nächsten Plenartagung abgeben wird.

Viele Konventmitglieder hoben die Schwierigkeiten hervor, denen die Euro-Gruppe nach der Erweiterung begegnen müsse. Es wurde kein Konsens für eine Verankerung der Euro-Gruppe im Vertrag erreicht. Der Vorsitzende teilte mit, dass das Präsidium diese Frage weiter prüfen werde. Die eigentlichen Beschlüsse in Bezug auf den Euro-Raum sollten nach Ansicht einiger Mitglieder vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) - in einer nur die teilnehmenden Mitgliedstaaten umfassenden Zusammensetzung - gefasst werden, während sich andere dafür aussprachen, die Methode der verstärkten Zusammenarbeit anzuwenden.

Zahlreiche Mitglieder sprachen sich für eine bedeutendere Rolle der Sozialpartner aus.

Wenngleich die Gruppe keine konkrete Lösung hierfür vorgeschlagen hatte, ergab sich eine klare Ausrichtung zugunsten einer einheitlichen Vertretung des Euro-Raums auf internationaler Ebene, wobei die Schwierigkeit darin besteht, dass ein großer Teil der Mitgliedstaaten der Union zumindest in naher Zukunft diesem Raum nicht angehören wird. Es wurden mehrere Vorschläge unterbreitet. Der Vorsitzende schlug vor, dass die Gruppe VII unter dem Stellvertretenden Vorsitzenden Dehaene diese Vorschläge prüft und die Frage in ihren Bericht aufnimmt.

b) Aussprache über das soziale Europa
(Dok. CONV 300/02 + COR 2 und CONV 374/02)

Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache mit dem Hinweis, dass mehrere Konventmitglieder, unterstützt von einigen anderen Mitgliedern, eine Aussprache über Sozialfragen im Rahmen der Plenartagung beantragt hätten. Dies sei ein wichtiges Thema, dem die Bürger Europas erhebliche Bedeutung beimäßen. Da es die Aufgabe des Konvents sei, sich mit strukturellen Fragen zu befassen, sollte sich die Aussprache auf mögliche Änderungen der geltenden Vertragsbestimmungen konzentrieren.

Viele der Redner, die sich zu diesem Thema äußerten, unterstrichen, wie wichtig es sei, diese Frage im künftigen Verfassungsvertrag mit genügend Ehrgeiz zu behandeln. Man würde kein Verständnis dafür haben, dass der Vertrag auf Sozialfragen keinerlei Bezug nähme. Der Vertrag müsse Vorsorge für die Schaffung eines europäischen Sozialmarktes treffen; der Binnenmarkt sei kein Selbstzweck.

Mehrere Redner äußerten sich zu einigen speziellen Aspekten, auf die im Vertrag Bezug genommen werden sollte. Dazu gehörten die sozialen Grundrechte, der soziale Schutz, die Vollbeschäftigung, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Notwendigkeit, die Dienste von allgemeinem Interesse zu schützen.

Eine Reihe von Rednern forderte die Bereitstellung geeigneter Instrumente, um die sozialen Ziele der Union zu verwirklichen. Für einige bedeutete das eine Ausdehnung der bestehenden Unionszuständigkeiten auf sozialem Gebiet. So sei es beispielsweise wichtig, dass ein ehrgeiziger

Ansatz im Bereich Beschäftigung durch Bestimmungen gestützt werde, die angemessene Rechtsvorschriften in diesem Bereich gewährleisten. Außerdem wurde unterstrichen, dass es geeignete Instrumente geben müsse, um die Koordinierung der Teile der Sozialpolitik zu fördern, die in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verblieben. Für einige bedeutete das die Aufnahme der offenen Koordinierungsmethode in den Vertrag. Mehrere Mitglieder meinten, dass im Vertrag die breitere Umsetzung der Sozialpolitik durch die Einführung einer Querschnittsklausel anerkannt werden sollte. Ferner wurde die Ansicht geäußert, dass die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit für alle Beschlüsse im sozialen Bereich die Regel sein sollte.

Mehrere Redner betonten, dass den Sozialpartnern eine angemessene Rolle zuerkannt werden müsse und dass sich dies im neuen Vertrag besser widerspiegeln müsse. Einige verwiesen auch auf die Bedeutung einer umfassenderen Konsultation der Zivilgesellschaft.

Die meisten Redner forderten die Bildung einer Konventgruppe "Sozialfragen".

Ein Redner bezeichnete die Schaffung eines einheitlichen europäischen Sozialmodells als unmöglich. Die Sozialpolitik sei in erster Linie eine Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten und sollte dies auch bleiben; deshalb sollte die Zuständigkeit in diesem Bereich nicht erweitert werden.

Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass die Meinungen stark dahin tendierten, dass Europa mehr als nur ein Binnenmarkt sein sollte, und dass dies sich nicht nur in den allgemeinen Zielen der Union, sondern auch in ihren Politiken widerspiegeln müsse. Natürlich müsse Europa aber auch seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der übrigen Welt bewahren. Diese beiden Aspekte seien in der Gruppe "Ordnungspolitik" zur Sprache gebracht worden und müssten im Verfassungsvertrag zum Ausdruck kommen.

Im Hinblick auf die Zuständigkeiten gebe es unterschiedliche Meinungen, jedoch habe eine Reihe von Mitgliedern eine Erweiterung der bestehenden Zuständigkeiten gefordert, und es sei sogar vorgeschlagen worden, Querschnittsklauseln mit Bezug auf andere Politikbereiche aufzunehmen. Die Gewährleistung einer angemessenen Rolle der Sozialpartner sei von vielen Seiten befürwortet worden.

Der Vorsitzende stellte fest, dass die Einsetzung einer Arbeitsgruppe "Soziales Europa" breite Unterstützung findet. Dies werde nach den üblichen Verfahren geschehen, wobei die Beratungsergebnisse der Plenartagung bei der Ausarbeitung eines Mandats für die Gruppe berücksichtigt würden.

2. Darlegung des Stands der Beratungen der Gruppe IX "Vereinfachung der Rechtsakte und der Rechtsetzungsverfahren" durch Herrn Amato

3. Darlegung des Stands der Beratungen der Gruppe X "Sicherheit und Recht" durch Herrn Bruton

Der Konvent hörte die mündlichen Ausführungen über den Fortgang der Beratungen dieser beiden Gruppen an, die ihre Berichte auf der nächsten Tagung (5./6. Dezember) vorlegen werden.

Freitag, 8. November

4. Fortsetzung der ersten Aussprache über den Vorentwurf eines Verfassungsvertrags (Dok. CONV 369/02)

Der Konsens, der sich auf der letzten Tagung in Bezug auf den Verfassungscharakter des Vertrags sowie seine Struktur ergeben hatte, wurde von allen Rednern bestätigt.

Es gab auch einige speziellere Kommentare:

- Einige Konventmitglieder betonten, dass das Ziel des Konvents darin bestehen müsse, den gesamten Vertrag, einschließlich des zweiten Teils, auszuarbeiten und so der RK ein vollständiges Werk zu übermitteln.
- Die Union sollte nicht nur als eine Union von Staaten, sondern auch als eine Union der Bürger definiert werden.

- Mehrfach wurde der Wunsch nach einer raschen Festlegung der institutionellen Struktur bekräftigt. Dabei sollte das gesamte institutionelle Dreieck verstärkt werden. Nach Ansicht einiger Mitglieder könnten neue Regelungen für die Wahl des Kommissionspräsidenten die Einigung hinsichtlich eines gewählten Präsidenten des Europäischen Rates begünstigen.
- Ferner wurde vorgeschlagen, den Kongress der Völker Europas nicht unter den "Institutionen" einzuordnen, wodurch er einen Charakter erhalten würde, der nicht angestrebt wird, sondern ihn als ein Forum, mit dem die demokratische Beteiligung am europäischen Leben verstärkt werden soll, in einen anderen Teil des Vertrags aufzunehmen.
- Darüber hinaus wurden folgende Vorschläge unterbreitet:
 - die Aufnahme der Wettbewerbsbestimmungen in den Titel "Binnenmarkt";
 - die ausdrückliche Erwähnung der Rolle der Regionen;
 - die Aufnahme des sozialen Dialogs in den ersten Teil des Vertrags;
 - die Hervorhebung des Erfordernisses der Transparenz;
 - die Verstärkung der Bestimmungen über die gute Verwaltung.
- Einige Konventmitglieder äußerten Vorbehalte gegen einen speziellen Titel "Verteidigung".

Der Vorsitzende bemerkte abschließend, dass der Entwurf für die Struktur des Vertrags positiv aufgenommen worden sei und dass die übrigen Fragen in Bezug auf den Inhalt oder Platz der einen oder anderen Bestimmung in den Beratungen über die anhand der Ergebnisse der Plenardebatten ausgearbeiteten Texte, die das Präsidium dem Konvent ab Anfang 2003 vorlegen werde, erneut geprüft werden müssten.

5. Die ergänzenden Zuständigkeiten

- Aussprache über den Bericht der Gruppe V (Vorsitz: Herr Christophersen)
(Dok. CONV 375/02)

Bevor er den Schlussbericht der Gruppe V (Dok. CONV 375/02) vorstellte, bemühte sich Herr Christophersen um Klarstellung einiger Punkte und reagierte damit auf Bemerkungen, die an ihn gerichtet worden waren. Er wies insbesondere darauf hin, dass das vorrangige Ziel der Gruppe darin bestanden habe, die jeweiligen Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten und der Union zu klären, und die Gruppe zu keiner Zeit irgendeine Renationalisierung der Gemeinschaftspolitiken erwogen habe. Ebenso wenig habe sie die Rechtsetzungsbefugnisse des Europäischen Parlaments in Frage stellen wollen. Auch lasse die von der Gruppe vorgeschlagene neue Bezeichnung "unterstützende Maßnahmen" die Bedeutung der betreffenden Politikbereiche unberührt.

i) Bericht der Gruppe

In seinem Beitrag stellte Herr Christophersen die folgenden Elemente des Berichts heraus:

- Eine der grundlegenden Empfehlungen der Gruppe sei es, in den ersten Teil des Vertrags einen gesonderten und einheitlichen Titel zu den "Zuständigkeiten" aufzunehmen. Dieser Titel müsste eine kurze Beschreibung der Zuständigkeiten (dieser Punkt war in der Gruppe auf einige Vorbehalte gestoßen), die Definition der Zuständigkeitsarten sowie die für die Wahrnehmung der Unionszuständigkeit geltenden Grundsätze enthalten.
- Im Hinblick auf die Definition der ergänzenden Zuständigkeiten selbst sei die Gruppe zu dem Schluss gelangt, dass "Rechtsetzungsakte der Union (Verordnungen und Richtlinien) nicht als unterstützende Maßnahmen erlassen werden dürfen"; sie habe weder einer Definition dessen, was in der Union zur "Rechtsetzung" zähle, vorgreifen wollen - diese Aufgabe falle in die Zuständigkeit der Gruppe unter dem Vorsitz von Herrn Amato -, noch habe sie die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Beschlussfassung in den fraglichen Bereichen im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens in Frage stellen wollen.

Die Gruppe habe mit der Verwendung der Begriffe des derzeitigen Vertrags verdeutlichen wollen, dass die unterstützenden Maßnahmen Bereiche betreffen, in denen die Mitgliedstaaten ihre Rechtsetzungskompetenz nicht der Union übertragen hätten, und dass die Union in diesen Bereichen folglich nur Maßnahmen zur Ergänzung oder Unterstützung der Tätigkeit der Mitgliedstaaten ergreifen könne, diese Maßnahmen jedoch in keinem Fall die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten harmonisieren, ersetzen, ändern oder in irgendeiner Form maßgeblich berühren dürften.

- Die Gruppe nannte die Grundsätze, die der Wahrnehmung der Unionszuständigkeiten zugrunde liegen sollten. Herr Christophersen machte auf die Ausgewogenheit der aufgeführten Grundsätze aufmerksam. Es handele sich um die Grundsätze der Übertragung der Zuständigkeiten, der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit, des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts, der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten, der Solidarität und des gemeinsamen Interesses sowie der Achtung der nationalen Identität.
- Mit den von der Gruppe vorgeschlagenen Formulierungen für den Grundsatz der Übertragung der Zuständigkeiten (wonach alle Zuständigkeiten, die nicht der Union übertragen wurden, bei den Mitgliedstaaten verbleiben) und den Grundsatz der Achtung der nationalen Identität (die eine Liste mit Beispielen umfasst) solle nicht die Tragweite dieser Grundsätze geändert, sondern lediglich mehr Klarheit für die Bürger erreicht werden.
- In Bezug auf die Überschneidungen zwischen den funktionalen Kompetenzen (z. B. dem Binnenmarkt) und den Kompetenzen in speziellen Bereichen, besonders denjenigen, in denen unterstützende Maßnahmen erlassen werden können, habe die Gruppe vorgeschlagen, die in der Rechtsprechung bereits anerkannten Grundsätze in den Vertrag aufzunehmen. Die Wahl der Rechtsgrundlage im Vertrag müsse durch das "Gravitationszentrum" (worunter "die wichtigsten Ziele, Inhalte und beabsichtigten Wirkungen" zu verstehen sind) des jeweiligen Vorschlags bestimmt werden.
- Artikel 308 müsse als "Schutzklausel" beibehalten werden. Herr Christophersen betonte, dass die Verfahren, mit denen die Anwendung dieser Klausel erschwert werden sollen, durch den Vorschlag, neue spezifische Rechtsgrundlagen in den Bereichen zu schaffen, in denen Artikel 308 systematisch zur Anwendung gelangt sei, durch den Vorschlag und diesen Artikel über den Binnenmarkt hinaus auf alle Ziele der Union auszuweiten, ausgeglichen würden.

ii) Aussprache/Schlussfolgerungen

In der anschließenden Aussprache wurde deutlich, dass sehr viele Konventmitglieder den im Bericht der Gruppe befürworteten Ansatz nicht teilen.

Viele Redner bewerteten die vorgeschlagene neue Bezeichnung "unterstützende Maßnahmen" insofern als verwirrend, als sie nicht anzeige, dass es um "Bereiche" gehe, in denen die Kommission handlungsbefugt sei.

Der Vorschlag der Gruppe, die Formulierung "eine immer engere Union" (Artikel 1 EUV) zu ändern, um nicht den Eindruck zu vermitteln, dass die künftige Übertragung von Zuständigkeiten an sich eine Zweckbestimmung der Union sei, stieß bei mehreren Konventmitgliedern auf Ablehnung. Einige bemerkten, das Problem ergebe sich aus einer Fehlinterpretation, denn dieser Artikel beziehe sich auf die Union der Völker und habe also keine Auswirkungen auf die Zuständigkeiten. Herr Christophersen betonte in seiner Antwort, dass in dieser Empfehlung nicht der Versuch gesehen werden dürfe, die politische Tragweite dieses Artikels zu begrenzen. Im Gegenteil, auch wenn sie sich nicht auf eine Alternativfassung habe einigen können, so habe die Gruppe doch mögliche Formulierungen geprüft, die alle das gleiche Engagement für die Union der europäischen Völker zum Ausdruck gebracht hätten. Er machte darauf aufmerksam, dass die Fraktionen des Europäischen Parlaments in ihren Stellungnahmen an den Konvent ebenfalls Änderungen zu diesem Artikel vorgeschlagen hätten.

Keiner der Redner stellte die Empfehlung in Frage, im neuen Verfassungsvertrag einen gesonderten Titel für alle Zuständigkeitsfragen einschließlich der Definition der Kategorien von Zuständigkeiten sowie der für die Wahrnehmung der Unionszuständigkeiten geltenden Grundsätze vorzusehen.

Viele Konventmitglieder lehnten hingegen die Überlegung ab, "eine grundlegende Abgrenzung der Unionszuständigkeiten" in den Verfassungsvertrag aufzunehmen, da sie diese als Versuch werteten, den Katalog von Zuständigkeiten, den der Konvent bereits verworfen hatte, wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine große Mehrheit wandte sich gegen das von der Gruppe vorgeschlagene Verbot, im Rahmen der ergänzenden Zuständigkeiten Rechtsetzungsinstrumente einzusetzen. Nach Ansicht einiger Redner könnten durch dieses Verbot die Rechtsetzungsbefugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens in den betreffenden Bereichen unmittelbar in Frage gestellt werden. Zahlreiche Konventmitglieder meinten, dass der Gedanke, zwischen Art der Zuständigkeiten und Art des Instruments eine Verknüpfung herzustellen, ausgeschlossen werden müsste. Kein Redner bestritt jedoch, dass das Verbot einer Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ein Element sei, das fast alle betrachteten Bereiche kennzeichne.

Viele Konventmitglieder erhoben Einwände gegen die Aufnahme von Bereichen wie der Sozialpolitik oder der Forschung in die Liste der Bereiche, für die gemäß dem Bericht eine ergänzende Zuständigkeit besteht.

Zahlreiche Redner äußerten auch Vorbehalte gegen die Klausel über die Achtung der nationalen Identität. Mehrere Redner meinten, es handele sich um einen Versuch, den Gedanken einer Liste von Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten wieder aufzugreifen, der vom Konvent bereits eindeutig verworfen worden war, und sie erklärten, dass sie eine allgemeinere Fassung von Artikel 6 Absatz 3 EUV vorziehen würden. Herr Christophersen wies darauf hin, dass die Gruppe in die endgültige Fassung des Berichts die Worte "unter anderem" vor die Aufzählung der Beispiele gesetzt habe, um ihren hinweisenden und nicht erschöpfenden Charakter klar herauszustellen. Die Gruppe habe den Grundsatz klarer fassen und gleichzeitig ausschließen wollen, dass die Beispielliste als ein Katalog der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten betrachtet werden könnte.

Im Hinblick auf Artikel 308 wurde ein breiter Konsens darüber erreicht, dass eine "Flexibilitätsklausel" mit strengen Modalitäten für die Beschlussfassung und insbesondere die Einstimmigkeit im Rat aufrechterhalten werden muss. Kritischer äußerten sich die Konventmitglieder über die Schutzmechanismen der "Flexibilitätsklausel". So stießen die Abschaffung des Formparallelismus, wodurch es möglich würde, einen mit Einstimmigkeit angenommenen Akt mit qualifizierter Mehrheit aufzuheben, sowie die Vorabentscheidung bei vielen Konventmitgliedern auf Ablehnung. Wie Herr Christophersen selbst bemerkte, besteht eine klare Präferenz für den Vorschlag einer politischen Kontrolle sowohl durch das Europäische Parlament, dessen Zustimmung im Rahmen der Beschlussfassung erforderlich ist, als auch durch die einzelstaatlichen Parlamente im Rahmen des von der Gruppe "Subsidiarität" vorgeschlagenen Frühwarnsystems.

Zum Abschluss stellte, Herr Dehaene, der den Vorsitz führte fest, die Aussprache im Plenum habe gezeigt, dass eine große Mehrheit der Konventmitglieder den im Bericht befürworteten Ansatz nicht teile; das Präsidium werde auf der Basis der verschiedenen Aspekte, die sich aus dieser Aussprache ergeben hätten, weitere Überlegungen anstellen.

6. Fragestunde

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aus Zeitmangel gestrichen.

II. NÄCHSTE TAGUNG DES KONVENTS

Der Vorsitzende kündigte an, dass die nächste Tagung des Konvents am Donnerstag, den 5. Dezember, 15.00 Uhr, und am Freitag, den 6. Dezember, 9.30 Uhr, stattfinden wird. Auf dieser Tagung werden hauptsächlich die Berichte der Gruppen "Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren und Rechtsakte" und "Sicherheit und Recht" geprüft.

EUROPÄISCHER KONVENT
Plenartagung am 7./8. November 2002

LISTE DER REDNER
in der Reihenfolge ihrer Beiträge

Donnerstag, 7. November

1. Koordinierung der Wirtschaftspolitiken

a) Aussprache über den Bericht der Gruppe VI "Ordnungspolitik"
(Vorsitz: Herr Hänsch) (Dok. CONV 357/02)

1. Herr Caspar EINEM – Österreich (Parlament)
2. Herr Timothy KIRKHOPE – Europäisches Parlament
3. Herr Evrypidis STYLIANIDIS – Griechenland (Parlament)
4. Herr Pierre MOSCOVICI – Frankreich (Regierung)
5. Herr Elmar BROK – Europäisches Parlament
6. Frau Danuta HÜBNER – Polen (Regierung)
7. Herr Andrew DUFF – Europäisches Parlament
8. Herr Michel BARNIER – Kommission
9. Herr Erwin TEUFEL – Deutschland (Parlament)
10. Herr Pierre LEQUILLER – Frankreich (Parlament)
11. Herr Hans Martin BURY – Deutschland (Regierung)
12. Herr Gianfranco FINI – Italien (Regierung)
13. Herr Josep BORRELL FONTELLES – Spanien (Parlament)
14. Frau Pervenche BERES – Europäisches Parlament
15. Herr Peter HAIN – Vereinigtes Königreich (Regierung)
16. Herr Johannes VOGGENHUBER – Europäisches Parlament
17. Herr Henrik dam KRISTENSEN – Dänemark (Parlament)
18. Herr Alfonso DASTIS – Spanien (Regierung)
19. Frau Marie NAGY –Belgien (Parlament)
- (Blaue Karten: FARNLEITNER, FAYOT, d'OLIVEIRA MARTINS)*
20. Frau Lena HJELM-WALLEN – Schweden (Regierung)
21. Herr Josef ZIELENIEC – Tschechische Republik (Parlament)
22. Herr Giorgos KATIFORIS – Griechenland (Regierung)

23. Herr Valdo SPINI – Italien (Parlament)
24. Herr Ernani LOPES – Portugal (Regierung)
25. Herr William ABITBOL – Europäisches Parlament
26. Herr Gijs de VRIES – Niederlande (Regierung)
27. Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN – Europäisches Parlament
28. Herr Adrian SEVERIN – Rumänien (Parlament)
29. Herr Hubert HAENEL – Frankreich (Parlament)
30. Herr Göran LENNMARKER – Schweden (Parlament)
31. Herr Louis MICHEL – Belgien (Regierung)
32. Frau Ayfer YILMAZ – Türkei (Parlament)
33. Frau Hildegard PUWAK – Rumänien (Regierung)
34. Herr Lamberto DINI – Italien (Parlament)
35. Herr Jacques SANTER – Luxemburg (Regierung)
36. Frau Linda McAVAN – Europäisches Parlament
37. Frau Cristiana MUSCARDINI – Europäisches Parlament
(*Blaue Karte: THORNING-SCHMIDT*)
38. Frau Gisela STUART – Vereinigtes Königreich (Parlament)
39. Frau Piia-Nora KAUPPI – Europäisches Parlament
40. Herr Oguz DEMIRALP – Türkei (Regierung)
41. Herr Dick ROCHE – Irland (Regierung)
42. Frau Riitta Lisa KORHONEN – Finnland (Parlament)
43. Herr Emilio GABAGLIO – (Europäischer Gewerkschaftsbund) Beobachter
44. Herr Roger BRIESCH – (Wirtschafts- und Sozialausschuss) Beobachter
(*Blaue Karte: HEATHCOAT-AMORY*)

Donnerstag, 7. November

1. Koordinierung der Wirtschaftspolitiken

b) Aussprache über das soziale Europa

(Dok. CONV300/02 + COR 2 und CONV 374/02)

1. Frau Anne VAN LANCKER – Europäisches Parlament
2. Herr Proinsias DE ROSSA – Irland (Parlament)
3. Herr Vytenis ANDRIUKAITIS – Litauen (Parlament)
4. Herr Ben FAYOT – Luxemburg (Parlament)
5. Herr Jürgen MEYER – Deutschland (Parlament)
6. Frau Eduarda AZEVEDO – Portugal (Parlament)
7. Herr Paraskevas AVGERINOS – Griechenland (Parlament)
8. Herr Carlos CARNERO – Europäisches Parlament
9. Herr Danny PIETERS – Belgien (Parlament)
10. Herr Antonio TAJANI – Europäisches Parlament
11. Herr Jan KOHOUT – Tschechische Republik (Regierung)
12. Herr Frans TIMMERMANS – Niederlande (Parlament)
13. Herr Per DALGAARD – Dänemark (Parlament)

**3. Darlegung des Stands der Beratungen der Gruppe X "Sicherheit und Recht" durch
Herrn Bruton**

(Blaue Karten: STUART, ROCHE, HAENEL)

EUROPÄISCHER KONVENT
Plenartagung am 7./8. November 2002

LISTE DER REDNER (überarbeitet)
in der Reihenfolge ihrer Beiträge

Freitag, 8. November

Fortsetzung der ersten Aussprache über den Vorentwurf eines Verfassungsvertrags

1. Herr Sören LEKBERG – Schweden (Parlament)
2. Herr Antonio TAJANI – Europäisches Parlament
3. Herr Henning CHRISTOPHERSEN – Dänemark (Regierung)
4. Herr Pierre LEQUILLER – Frankreich (Parlament)
5. Herr Joschka FISCHER – Deutschland (Regierung)
6. Herr Olivier DUHAMEL – Europäisches Parlament
7. Herr Alberto COSTA – Portugal (Parlament)
8. Herr Kimmo KILJUNEN – Finnland (Parlament)
9. Herr Hannes FARNLEITNER – Österreich (Regierung)
10. Herr Johannes VOGGENHUBER – Europäisches Parlament
11. Herr Jürgen MEYER – Deutschland (Parlament)
12. Herr Jacob SÖDERMAN – (Europäischer Bürgerbeauftragter) Beobachter
13. Herr Reinhard RACK – Europäisches Parlament
14. Herr Pierre CHEVALIER – Belgien (Regierung)
15. Frau Liia HÄNNI – Estland (Parlament)
16. Herr Jos CHABERT – (Ausschuss der Regionen) Beobachter

5. Die ergänzenden Zuständigkeiten

- **Aussprache über den Bericht der Gruppe V (Vorsitz: Herr Christophersen)**
(Dok. CONV 375/02)

1. Herr Pierre LEQUILLER – Frankreich (Parlament)
2. Herr Alfonso DASTIS – Spanien (Regierung)
3. Herr Lamberto DINI – Italien (Parlament)
4. Herr Joschka FISCHER – Deutschland (Regierung)
5. Herr Erwin TEUFEL – Deutschland (Parlament)
6. Herr David HEATHCOAT-AMORY – Vereinigtes Königreich (Parlament)

7. Herr Andrew DUFF – Europäisches Parlament
8. Herr Alain LAMASSOURE – Europäisches Parlament
9. Herr Michael FRENDON – Malta (Parlament)
10. Herr Pierre MOSCOVICI – Frankreich (Regierung)
11. Frau Helle THORNING-SCHMIDT – Europäisches Parlament
12. Herr Diego LOPEZ GARRIDO – Spanien (Parlament)
13. Herr Gijs de VRIES – Niederlande (Regierung)
14. Herr Hannes FARNLEITNER Österreich (Regierung)
15. Herr Klaus HÄNSCH – Europäisches Parlament
16. Herr René van der LINDEN – Niederlande (Parlament)
17. Herr Michael ATTALIDES – Zypern (Regierung)
18. Herr Olivier DUHAMEL – Europäisches Parlament
19. Frau Pervenche BERES – Europäisches Parlament
20. HERR Pierre CHEVALIER – Belgien (Regierung)
21. Herr António VITORINO – Kommission
22. Herr Ernani LOPES – Portugal (Regierung)
23. Herr Jens-Peter BONDE – Europäisches Parlament
24. Frau Lena HJELM WALLEN – Schweden (Regierung)
25. Herr Edmund WITTBRODT – Polen (Parlament)
26. Frau. Liia HÄNNI – Estland (Parlament)
- (Blaue Karte: TOMLINSON)*
27. Herr Francesco SPERONI – Italien (Regierung)
28. Frau Marie NAGY – Belgien (Parlament)
29. Herr Peter SERRACINO-INGLOTT – Malta (Regierung)
30. Herr Joachim WUERMELING – Europäisches Parlament
- (Blaue Karten: TIILIKAINEN, MacCORMICK, VANHANEN)*